

Das Wochenmagazin der



Aktuell

18. Juni 2010 • Nr. 1

**„Österreich 2020“-Gastkommentar
von JG-Vorsitzender Tina Taub**

41. Ordentlicher Bundesparteitag

SPÖ zeigt Stärke und Geschlossenheit

**94 Prozent für
Werner Faymann**



Zeit für Gerechtigkeit! ■ SPÖ

Der 41. Ordentliche Bundesparteitag der SPÖ brachte hervorragende 94 Prozent Zustimmung für SPÖ-Vorsitzenden Bundeskanzler Werner Faymann. In seiner mitreißenden und programmatischen Rede, die von den Delegierten mit Standing Ovationen goutiert wurde, legte Faymann die Eckpunkte der SPÖ-Politik der nächsten Jahre fest: Mit aller Kraft gilt es, sich den Konservativen, Neoliberalen, den Banken- und Spekulanten-Lobbys entgegenzustellen. Die Finanzmärkte sollen europaweit strengen Regeln unterworfen werden, die Vermögenszuwachssteuer darf nicht die kleinen Leute und Mittelschichten treffen und die Mindestsicherung muss umgesetzt werden. Die Bildungsreform ist fortzusetzen, die gemeinsame Schule einzuführen und das Thema der Wiedereinführung von Studiengebühren soll endgültig ad acta gelegt werden. Für die nächste Legislaturperiode forderte Faymann den Posten des Finanzministers für die Sozialdemokratie.

Pensionistenverbandspräsident Karl Blecha sprach in seinem Statement von einem „Parteitag, der in die Geschichte eingehen wird“.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

41. Ordentlicher Bundesparteitag der SPÖ	4
Interview mit Staatssekretär Andreas Schieder zur Regulierung der Bundesfinanzierungsagentur	7
Ärzte-Gemeinschaftspraxen	8
„Österreich 2020“-Gastkommentar von JG-Vorsitzender Tina Tauß	14

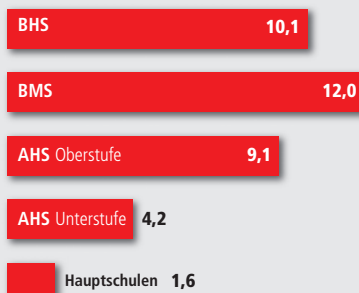
Bessere Lebensmittelkennzeichnung endlich fix

Wir sind am besten Weg, eine bessere Lebensmittelkennzeichnung in ganz Europa durchzusetzen – ein wichtiger Fortschritt für den mündigen Verbraucher“, freut sich SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach, die im Ausschuss für Lebensmittelsicherheit an der Umsetzung mitgearbeitet hat. Die EU-Verordnung sieht für die Kennzeichnung von Lebensmitteln eine Reihe neuer Pflichtangaben vor. Dazu gehören unter anderem die Ausweitung der Allergenkennzeichnung auf nicht fertig abgepackte Lebensmittel sowie eine umfassende Nährwertdeklaration. Ausnahmen von

THEMEN DER WOCHE

„Sitzenbleiber“ an Österreichs Schulen

Anteil der nicht aufstiegsberechtigten Schüler 2007/08 in Prozent



Quelle: APA, Grafik: SPÖ

Schmied setzt Maßnahmen gegen das Sitzenbleiben

Jedes Jahr zu Schulende bleiben tausende Schülerinnen und Schüler sitzen. Bildungsministerin Claudia Schmied setzt daher Maßnahmen, damit es gar nicht so weit kommt. So startete im September 2009 bereits der dritte Jahrgang mit der Klassenschülerhöchstzahl von maximal 25 sowie mehr Kleingruppenunterreicht für die optimale Förderung. Insgesamt profitieren davon 880.000 Schülerinnen und Schüler. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Warum ist es wichtig, dass Europas Sozialdemokraten geeint auftreten?

„Wir stehen heute in Europa vor Problemen, die wir nur gemeinsam lösen können“, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel beim SPÖ-Bundesparteitag. Diskutieren Sie auf www.spoe.at warum es wichtig ist, dass die Sozialdemokraten europaweit geeint auftreten und sich zusammen für Verteilungsgerechtigkeit stark machen.



Bilderbox

„Österreich braucht dringend einen Stufenplan zur Finanzierung der international zugesagten Entwicklungshilfegelder“, so Bayr.

Entwicklungspolitik ist unverzichtbares Instrument

Entwicklungspolitik sei ein unverzichtbares Instrument einer sinnvollen globalen Zusammenarbeit, so SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr. Sie unterstreicht: „Ich begrüße die erneuerte Forderung der EU-Kommission, die bis 2015 angestrebten 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit auch tatsächlich zu realisieren.“ Als besonders sinnvoll erachtet Bayr die Forderung der Kommission, alljährliche Berichte der Mitgliedstaaten über die Entwicklungshilfegelder zu verfassen. ♦

Zitat der Woche

„VP-Klubchef Kopf sagt, er brauche die Armutssicherung als Erpressungsgegenstand, denn sonst sei er nicht bereit, diese Krot' zu schlucken.“

Liebe Freunde, solche Leute brauchen wir nicht, die bei der Armutsbekämpfung ‚eine Krot schlucken‘ müssen!“

Bundeskanzler Werner Faymann am SPÖ-Bundesparteitag

Zimmer



SPÖ-Nationalratsabgeordneter Anton Heinzl

Restriktives Waffenrecht hilft Leben zu retten

„Schusswaffen in privaten Haushalten sind, besonders wenn sie nicht ordnungsgemäß aufbewahrt sind, ein enormes Sicherheitsrisiko. Ein restriktives Waffengesetz verhindert tödliche Unfälle und Kurzschluss-handlungen“, so SPÖ-Nationalratsabgeordneter Anton Heinzl zur Waffengesetz-Novelle. Registrierung innerhalb von sechs Wochen nach dem Kauf, die Überprüfung, ob der Käufer mit einem Waffenverbot belegt ist, sowie die Verpflichtung, die Waffe sorgfältig zu verwahren, tragen zu mehr Sicherheit bei. ♦



SPÖ NÖ

„Informationen über die Nährwerte müssen im Hauptblickfeld der Verpackung ausgedruckt werden“, erläutert SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach.



Stehen wir auf – Es ist Zeit für Gerechtigkeit!

Der 41. Parteitag der SPÖ im niederösterreichischen Vösendorf hat die Konservativen nervös gemacht: Eine geschlossene Sozialdemokratie, gute Stimmung unter den Delegierten und deutliche Worte – dieser Tag war ein Erfolg für uns Sozialdemokraten.

„Nicht nur die Menschen, die der Sozialdemokratie nahe stehen, sondern auch Christlich-soziale oder NGOs stehen in dieser Frage der Gerechtigkeit auf unserer Seite.“

Zeit für Gerechtigkeit“ hieß das Motto des Parteitages. Der Bundeskanzler hat es in seiner Rede deutlich gemacht: Wir kämpfen auf Seiten der Arbeitnehmer und für jene Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Wir stehen auf der Seite jener, die keine Lobby haben. Die ÖVP und andere Konservative warnten plötzlich vor „Klassenkampf“. Wenn Klassenkampf jedoch bedeutet, dass eine Spekulationssteuer gerechter ist als eine Mehrwertsteuererhöhung, wenn es Klassenkampf ist, dass jemand, der sich die letzten Jahre aus der Verantwortung gestohlen hat, jetzt einen Beitrag leisten soll – in Ordnung. Dann liefern wir einen „klassen“ Kampf auf Seiten der echten Leistungsträger, nämlich auf Seiten jener Menschen, die in der Früh aufstehen, arbeiten gehen, dann auch noch bis zu 50 Prozent Steuern und Abgaben zahlen und zurecht aufgebracht darüber sind, dass andere innerhalb von fünf Minuten Millionen an der Börse einstreifen und keinen Cent Steuern zahlen.

So einfach und doch scheinbar ungreifbar ist das für einige unserer politischen Mitbewerber, weil sich bei wichtigen Themen unsere Wege und Lösungen grundsätzlich unterscheiden:

» In unserem Land leben 165.000 Sozialhilfebezieherinnen und Sozialhilfebezieher, 30 Prozent davon sind Kinder. Wir Sozialdemokraten haben für sie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung erkämpft und wollen ihre raschest mögliche Einführung – die Konservativen verzögern sie.

» Unser Bildungssystem muss dringend reformiert werden. Es spaltet die nächste Generation nach dem Einkommen ihrer Eltern. Die SPÖ setzt sich für die gemeinsame Schule ein und für die Förderung der Kinder nach Interessenschwerpunkten. Dazu wollen wir Investitionen in die überlasteten Universitäten und freien Hochschulzugang. Die ÖVP beharrt auf dem alten Schulsystem, das die Kinder mit zehn Jahren in Hauptschüler und Gymnasiasten aufteilt.

Wenn Klassenkampf heißt, dass man für Fortschritt kämpft und für eine Verbesserung der Lebenschancen eintritt, gut, dann nehmen wir diesen Kampf auf.

Die allergrößten Schwierigkeiten bereiten den Apologeten des ungezügelten Marktes unsere logischen Konzepte zur wirtschaftlichen Sanierung des Landes nach dem Ende der Wirtschaftskrise. Denn für uns ist klar, dass nicht die Einkommensschwachen und die Mittelschicht zur Kasse gebeten werden dürfen, sondern dass jetzt die Banken, Finanzmärkte und Superreichen ihren Beitrag leisten müssen, auch zur Reparatur unseres Staatshaushaltes. Das schmerzt natürlich eini-

„Wenn Klassenkampf jedoch bedeutet, dass eine Spekulationssteuer gerechter ist als eine Mehrwertsteuererhöhung, wenn es Klassenkampf ist, dass jemand, der sich die letzten Jahre aus der Verantwortung gestohlen hat, jetzt einen Beitrag leisten soll – in Ordnung. Dann liefern wir einen ‚klassen‘ Kampf!“

ge Herrschaften aus den Reihen unseres Koalitionspartners, denn es geht um das Geld ihrer Klientel. Denn nicht wenige in der ÖVP verstehen sich als Lobby der Banken.

Jedoch wissen wir die Bevölkerung hinter uns und wir wissen, dass wir unsere Konzepte durchsetzen werden, wenn wir mobilisieren und überzeugen.

Nicht nur die Menschen, die der Sozialdemokratie nahe stehen, sondern auch Christlichsoziale oder NGOs stehen in dieser Frage der Gerechtigkeit auf unserer Seite. Um zu erkennen, dass die Folgen dieser Krise vor allem von denen getragen werden müssen, die sie ausgelöst haben, dafür braucht es keinen herkömmlichen „Klassenkampf“, sondern die Mobilisierung jener 90 Prozent der Bevölkerung, die nicht länger akzeptieren, dass wegen der restlichen zehn Prozent die Finanzmärkte ungeregelt bleiben. Wir wissen die Mehrheit der Menschen hinter unseren Forderungen.

Stehen wir auf – Es ist Zeit für Gerechtigkeit! ♦

94 Prozent für Bundesk



Fotos: Astrid Knie

SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann beendete seine fulminante Rede mit lang anhaltendem Applaus und Standing Ovationen der 1.300 Delegierten und Gäste.

Am 41. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ, der unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit“ stand, wurde Werner Faymann mit einer überwältigenden Mehrheit von 93,8 Prozent der Delegiertenstimmen als Parteivorsitzender bestätigt.

Großartige Stimmung herrschte bei den mehr als 1.300 Delegierten, Gastdelegierten und Gästen, die zum SPÖ-Bundesparteitag ins Trendhotel Pyramide in Vösendorf bei Wien gekommen waren. Organisiert wurde der diesjährige Parteitag von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, die in ihren Eröffnungsworten betonte: „Der heutige Tag dient dazu, unsere Stärke zu zeigen, und die Weichen für die Arbeit der Zukunft zu stellen.“ Nach der Eröffnung und Begrüßung durch Bundesgeschäftsführerin Rudas betrat SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann unter tosendem Applaus die Bühne.

Faymann plädiert für Geschlossenheit

Im Zuge seiner mitreißenden Rede betonte Faymann die Notwendigkeit einer neuen Finanzmarktarchitektur. Man müsse sich mit aller Kraft Konservativen, Neoliberalen, den Banken- und Spekulanten-Lobbys entgegenstellen. Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene Möglichkeit einer EU-weiten Bürgerinitiative sei daher wichtig, um dagegenzuhalten und Druck für einen Paradigmenwechsel aufzubauen. Der Mensch müsse wieder „in den Mittelpunkt der Gesellschaft“ rücken. Die Sozialdemo-

„Wenn wir die Gerechtigkeitslücke nicht schließen, verlieren wir nicht nur die Köpfe der Menschen, sondern auch ihre Herzen.“

SPE-Fraktionschef Martin Schulz

kratie muss die Kraft aufbringen, die Chancengleichheit zu stärken, soziale Missstände zu beseitigen und Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen. „Es ist die Zeit für Gerechtigkeit gekommen, weit über unsere Parteigrenzen hinaus!“, so der Bundeskanzler. Dass die ÖVP die Mindestsicherung blockiert, wurde vom SPÖ-Chef hef-

anzler Werner Faymann



„Der heutige Tag dient dazu, unsere Stärke zu zeigen und die Weichen für die Arbeit der Zukunft zu stellen“, betonte SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas bei ihren Eröffnungsworten. Eloquent unterstützt wurde SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann unter anderem von SPE-Chef Martin Schulz, der sich in seiner Rede klar für die Regulierung der Finanzmärkte aussprach.



Zitate aus der Rede des SPÖ-Bundesparteivorsitzenden

„Die neoliberalen Apologeten des Marktes haben uns lange genug in die Irre geführt. Wir müssen stärker werden als sie.“

„Die Vermögenden, die Banken und Finanzmärkte sollen herangezogen werden bei den Budgets der Zukunft.“

„Wir werden Bündnisse schaffen und für die Einführung der Mindestsicherung Seite an Seite mit Minister Rudi Hundstorfer kämpfen, bis wir sie haben.“

„Ich weiß, dass uns harte Auseinandersetzungen bevorstehen. Aber die sozialdemokratische Führung einer österreichischen Regierung muss erkennbar sein. Die ist er-

kennbar, weil nicht eine Frau Gehrler für die Schüler zuständig ist, sondern eine Claudia Schmied, weil nicht ein Herr Bartenstein für den Arbeitsmarkt zuständig ist, sondern ein Rudi Hundstorfer.“

„Wir wissen, dass ein guter Kompromiss nur dann entstehen kann, wenn man vorher auch weiß, was man will. Wenn man eine klare Haltung hat und wenn die Leute spüren: Die kämpfen auch darum.“

„Wir haben in allen gesellschaftspolitischen Bereichen eine Menge zu tun. Und wir wissen, dass diese Arbeit nur von einer starken Sozialdemokratie geleistet werden kann. Daher brauchen wir Geschlossenheit!“



„Ein gemeinsames und soziales Europa war uns immer ein Anliegen. Dafür müssen wir die internationale Solidarität stärken.“



SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel nannte SPÖ-Vorsitzenden Werner Faymann als „Motor“ der Debatte in der europäischen Sozialdemokratie bezüglich der Forderung nach einer Regulierung der Finanzmärkte in Europa.



Bundeskanzler Werner Faymann im Small Talk mit dem steirischen Landeshauptmann Franz Voves und dem oberösterreichischen Landesparteivorsitzenden Josef Acknerl.

„Wir stehen heute in Europa vor Problemen, die wir nur gemeinsam lösen können. Ich danke daher Bundeskanzler Werner Faymann, dass er sich so vehement für die sozialdemokratischen Forderungen in Europa einsetzt.“

SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel

tig kritisiert. Es gehe nicht an, nur Bankenpakete mit einem Lächeln zu begleiten, richtete der Kanzler dem Koalitionspartner aus und nahm vor allem dessen Klubobmann Karl-Heinz Kopf ins Visier: „Solche Leute brauchen wir nicht, die bei der Armutsbekämpfung sagen, dass sie ‚eine Krot schlucken‘ müssen.“

Eine einnahmenseitige Konsolidierung etwa mittels einer Vermögenszuwachssteuer darf nicht die kleinen Leute und Mittelschichten treffen; die Mindestsicherung muss eingeführt werden; eine klare Absage an die Wiedereinführung der Studiengebühren; ein Ja zur gemeinsamen Schule und die Forderung nach dem Fi-

nanzminister für die nächste Legislaturperiode waren weitere Themen und Forderungen, die die Rede des SPÖ-Vorsitzenden prägten.

Gabriel: Werner Faymann, ein „spitzeneuropäischer Sozialdemokrat“

Auch hochrangige Vertreter der europäischen Sozialdemokratie wie SPE-Fraktionschef Martin Schulz und SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel nahmen am Parteitag der SPÖ teil. Gabriel betonte die Vorreiterrolle Werner Faymanns im Kampf um eine europaweite Finanztransaktionssteuer, Faymann gehöre zu den „Motoren“ der Debatte in Europa, verwies der SPD-Vorsitzende etwa auf die geplante europaweite Bürgerinitiative. Mit ihrem Vorsitzenden würden die österreichischen Sozialdemokraten nicht nur einen guten Parteichef, sondern auch einen „spitzeneuropäischen Sozialdemokraten“ haben. Gabriel: „Es ist die Tradition der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie, gemeinsam für die Menschen und ihre Rechte zu

kämpfen. Wir stehen heute in Europa vor Problemen, die wir nur gemeinsam lösen können. Ich danke daher Bundeskanzler Werner Faymann, dass er sich so vehement für die sozialdemokratischen Forderungen in Europa einsetzt.“

Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, warnte in seiner Rede: „Wenn die derzeitige Gerechtigkeitslücke nicht geschlossen wird, dann ist das europäische Einigungswerk in Gefahr.“ Schulz unterstrich, dass nicht die Europäische Union an sich in Gefahr sei, sondern vielmehr die Idee der Internationalität. Es bestehe dann die Gefahr, dass sich die Menschen von der Internationalität abwenden und ihr Heil in nationalen Tendenzen suchen.

Auch der SPE-Fraktionsvorsitzende sprach sich in seiner Rede klar für die Regulierung der Finanzmärkte aus. In Richtung der Kreditinstitute sagte er: „Bei der Kontrolle drücken die Banken auf die Bremse, aber wenn es einen Rettungsschirm für die selbstverschuldeten Verluste geben soll, kann es ihnen nicht schnell genug gehen.“ ♦

BUNDESFINANZIERUNGSAGENTUR

Aus für Spekulationen

Das Ende für die Spekulationen bei der Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) wurde im Ministerrat beschlossen. Im Interview mit „SPÖ Aktuell“ erklärt Staatssekretär Andreas Schieder warum es wichtig war, die ÖBFA zu regulieren.

Zinner



Hunderte Millionen Steuergelder wurden verspekuliert. Mit dem neuen Gesetz wird dem ein Riegel vorgeschoben, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

„Mit öffentlichen Geldern darf nicht spekuliert werden.“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

„SPÖ Aktuell“: Herr Staatssekretär, warum wurde beschlossen, die ÖBFA, die für das Schuldenmanagement des Bundes zuständig ist, zu regulieren?

Andreas Schieder: Im letzten Sommer wurde öffentlich, dass laut Rechnungshof hunderte Millionen Euro an Staatsgeldern verspekuliert wurden. Mit dem neuen Gesetz wird dem ein Riegel vorgeschoben. Sicherheit wird zur obersten Priorität. Mit öffentlichen Geldern darf nicht spekuliert werden.

Welche Änderungen werden konkret vorgenommen?

Schieder: Die neuen Regeln bringen

mehr Kontrolle. Das heißt zum Beispiel, dass künftig für alle Verträge das Vier-Augen-Prinzip gilt und die ÖBFA muss dem Finanzministerium und dem Rechnungshof regelmäßig über das Risiko berichten. Die Minimierung des Risikos hat künftig Vorrang vor der Maximierung des Ertrags.

Stimmt es, dass bei der Risikobeurteilung ethische Standards einfließen sollen?

Schieder: Ja, das stimmt. In Zukunft werden keine Geschäfte mehr mit Gesellschaften in Offshore-Zentren – also Standorte, die sich durch niedrige Steuern und eine minimale Finanzmarktregulierung auszeichnen – betrieben. ♦

BEHINDERTE MENSCHEN

Einschätzungsverordnung wird neuen Erfordernissen angepasst

Der Ministerrat beschloss die Voraussetzungen, damit die neue Einschätzungsverordnung für den Grad der Behinderung erlassen werden kann.

Die wesentlichen Verbesserungen liegen in der Einführung einer funktions- anstelle einer diagnosebezogenen Beurteilung und in einer signifikanten Optimierung der Einschätzung psychischer Erkrankungen. Zur Anwendung sollen die neuen Kriterien ab 1. September 2010 kommen.

Derzeit erfolgt die Einschätzung des Grades der Behinderung nach der Richtsatzverordnung zum Kriegsoferversorgungsgesetz, die vor 45 Jahren in Kraft getreten ist und bei weitem nicht mehr dem Stand der medizinischen Wissenschaft oder den Anforderungen des heutigen Arbeitslebens entspricht.

Erstmals psychische Erkrankungen erfasst

SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig zeigt sich erfreut über den Beschluss des Ministerrates. Als eine der wesentlichsten Verbesserungen nennt die SPÖ-Behindertensprecherin, dass erstmals psychische Erkrankungen in der Einschätzungsverordnung erfasst werden. „Die Zahl psychischer Erkrankungen ist in den letzten Jahren massiv angestiegen“, so Königsberger-Ludwig, die betont, dass es notwendig ist, auf diese Entwicklung auch dementsprechend zu reagieren. ♦

„Es muss kein Mensch mit Behinderung Angst haben, dass er oder sie neu und vielleicht niedriger eingestuft wird.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer



BMASK

Sozialminister Rudolf Hundstorfer betont, dass jeder, der sich etwas davon verspricht, um Neueinstufung ansuchen kann.

ÄRZTEGESELLSCHAFTEN

Mehr Qualität für Patienten

Die von Gesundheitsminister Alois Stöger geplante Schaffung von Gruppenpraxen hat den Ministerrat passiert. Das Gesetz bringt wesentliche Verbesserungen im ambulanten Bereich und bei der Angebotsstruktur.



Das Gesetz für die Gruppenpraxen bietet den Patienten etliche Vorteile und stellt eine wichtige Strukturreform des Gesundheitssektors dar.

HINTERGRUND

Vorteile auf einen Blick

Die neuen Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung und die Gruppenpraxen:

- ▶ Mehr Qualität und Verbesserung der Qualitätskontrolle sowohl für Gruppenpraxen als auch für Ambulatorien
- ▶ Bessere Öffnungszeiten
- ▶ Mehr Fachärzte unter einem Dach
- ▶ Eine verpflichtende Haftpflichtversicherung für alle selbständigen Ärzte, Gruppenpraxen und Krankenanstalten (somit auch für Ambulatorien) stärkt den Rechtsschutz sowohl für Patienten als auch für Ärzte erheblich
- ▶ Modernisierung des Kündigungsrechts von Verträgen zwischen Kassen und Ärzten

Mit dem Gesetz zu den Ärztegesellschaften ist ein historischer Meilenstein zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Österreich gelungen. Es ist die erste echte Strukturreform des Gesundheitssektors seit langer, langer Zeit“, betonte Gesundheitsminister Alois Stöger nach der Beschlussfassung im Ministerrat. Durch das neue Gesetz wird es ab Herbst möglich sein, Gruppenpraxen in Form von Ärzte-GmbHs zu gründen. „Damit wird die ambulante Versorgung der Bevölkerung völlig erneuert: Gut ausgestattete Gruppenpraxen werden die Qualität der medizinischen Behandlung deutlich steigern. Oberstes Ziel ist es, die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern“, so Stöger.

Die Idee einer Ärzte-GmbH kursierte seit Jahren: Ursprünglich war sie auch ein Wunsch der Ärzte, um bei größeren Zusammenschlüssen ihr finanzielles Risiko zu minimieren. Dann wurde sie in monatelanger Kleinarbeit als Alternative zu Spitalsambulanzen und als Modernisierung der Kassenarztstruktur ausgebaut – mit länge-

Bildbox

„Die Patientinnen und Patienten profitieren von kürzeren Warte- und besseren Öffnungszeiten.“

Gesundheitsminister Alois Stöger

ren Öffnungszeiten und verbindlichen Qualitätskriterien. Im letzten Moment schien die Einigung noch einmal in Gefahr. Die Ursache lag in einem seit Jahren schwelenden Konkurrenzkampf zwischen Ärztekammer und Wirtschaftskammer um ihre Mitglieder. Allerdings ist die Ärzte-GmbH Teil der seit eineinhalb Jahren mit dem Koalitionspartner fixierten Krankenkassen-Konsolidierung und den Ärzten sind dafür Zugeständnisse bei anderen Reformschritten zugesagt worden. „Die ÖVP hätte bei einem ‚Nein‘ diesen mühsam erarbeiteten Weg verlassen. Umso erfreulicher ist der im Interesse der Patienten errungene Konsens“, so Stöger. Er fixierte schließlich mit ÖVP-Ressortkollegen Mitterlehner vor dem Ministerrat letzte Details, um im Interesse der Patienten und der besseren Versorgung die Ärzte-GmbHs auf Schiene zu bringen und einen Beschluss im Ministerrat zu erreichen.

Bessere Nahversorgung garantiert

SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser sieht durch die Ärzte-GmbHs besonders große Erleichterungen für den ländlichen Bereich: „Wo vor kurzem noch lange Anfahrtswege notwendig waren, wird durch Ärztekooperationen eine bessere Nahversorgung garantiert sein.“ Oberhauser rechnet damit, dass sich durch die Zusammenschlüsse von mehreren Ärzten der gleichen Fachrichtung auch die Öffnungszeiten merkbar ausweiten. Längere Öffnungszeiten am Abend oder auch am Wochenende würden besonders berufstätigen Personen entgegenkommen und die Wartezeiten verkürzen. Außerdem werde durch die neuen Rahmenbedingungen ein noch besserer Zugang zum Gesundheitssystem ermöglicht und die Spitalsambulanzen entlastet. ♦

BUNDESHEER I

Effektiv, effizient, einsatzfähig

Wichtige Investitionen in die Truppe wird es auch in Zukunft geben. Die notwendig gewordenen Einsparungen orientieren sich an Effizienz, Effektivität und Einsatzfähigkeit.



Trotz dem notwendig gewordenen Sparprogramm wird weiter in die Truppe investiert. Verteidigungsminister Darabos übergibt das Truppenfunksystem „CONRAD“ an die Truppe.

Aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise muss der österreichische Staat Einsparungen vornehmen. „Jeder einzelne Minister hat im Sinne des Staatsganzen verantwortlich zu handeln und seinen Beitrag zu leisten – auch der Verteidigungsminister“, betonte Norbert Darabos. Einsparungen mit der „Rasenmäher-Methode“ kommen

den Kriterien Effizienz, Effektivität und Einsatzfähigkeit orientieren.

Mehr für die Truppe – weniger Bürokratie

Die nötigen Investitionen werden unter dem Motto „Alles für die Truppe – so wenig wie möglich in der Verwaltung“ stehen.

Heb für ihn nicht in Frage. Lineare Kürzungen sind zwar die einfachste, gleichzeitig aber auch die am wenigsten intelligente Methode. Den Heeresbetrieb einfach in allen Bereichen „runterzufahren“ hätte schließlich negative Auswirkungen auf die Qualität der Auftragserfüllung des Österreichischen Bundesheeres. „Das Österreichische Bundesheer wird einsatzfähig bleiben“, betont Darabos. Daher muss sich die Ausarbeitung des Einsparungskonzeptes an

So wurde der Truppe kürzlich das Funksystem „CONRAD“ übergeben. Eine Investition in Höhe von 80 Millionen Euro, die eine technische Revolution im Österreichischen Bundesheer bedeutet. Ab jetzt funken unsere Soldatinnen und Soldaten digital. Auch der Investitions-Schwerpunkt in die Kasernen-Infrastruktur – für den der Verteidigungsminister eigens das Baubudget auf 84 Millionen aufgestockt hat – wird bestehen bleiben. „Was wir für die Auftrags-erfüllung brauchen, werden wir auch bereitstellen“, so Darabos. Erhebliches Optimierungspotential ortet er hingegen bei der Verwaltung. Das Ministerium wurde bereits von 1.200 auf 900 Posten verschlankt. Bis 2013 sollen 913 Stellen im Verwaltungsbereich durch natürliche Abgänge eingespart werden. Wo andere noch über eine Verwaltungsreform sprechen, setzt Minister Darabos sie längst um.

In einer Umstellung auf ein Berufsheer sieht der Minister jedoch kein Einsparungspotential: „Viele meiner europäischen Kollegen bereuen den Umstieg bereits. Ein Berufsheer ist zu teuer und weniger effizient.“ An der Wehrpflicht wird also nicht gerüttelt. „Sie ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung aller Bürger für die Sicherheit der Republik“, bekräftigt der Minister. ♦

BUNDESHEER II

50 Jahre Auslandseinsätze – eine Erfolgsgeschichte

In den vergangenen 50 Jahren war Österreich an zahlreichen friedensstiftenden Einsätzen im Ausland beteiligt und genießt international hohes Ansehen dafür.

Seit der ersten Auslandsmission im Kongo 1960 war das Österreichische Bundesheer mit über 90.000 Soldatinnen und Soldaten in Krisenregionen rund um den Globus engagiert. Verteidigungsminister Darabos versicherte, dass sich das notwendig gewordene Sparprogramm nicht auf die Auslandseinsätze auswirken werde. „Sie sind wichtige Zeichen internationaler Solidarität“, betonte der Minister. Als Prämissen für das Aus-

landsengagement des Österreichischen Bundesheeres nannte Darabos „das friedensstiftende Element, den humanitären Grundsatz und die Stabilisierung von Weltregionen“ und kündigte an, dass Österreich auch in Zukunft mit rund 1.000 Soldaten im Ausland präsent sein wird. Einem Auslandseinsatz der Eurofighter erteilt Darabos jedoch eine klare Absage. Sie sind ausschließlich für die Sicherung des österreichischen Luftraums zuständig. ♦

„Auslandseinsätze sind wichtige Zeichen internationaler Solidarität“, so Verteidigungsminister Norbert Darabos.



SPÖ-BUNDESFRAUENKONFERENZ

Starker Auftritt der SPÖ-Bundesfrauen

Bei der SPÖ-Bundesfrauenkonferenz machten die SPÖ Frauen ihre Forderung nach Chancengleichheit eindrucksvoll deutlich. Gabriele Heinisch-Hosek durfte sich über fulminante Zustimmung bei der Wiederwahl zur Bundesfrauenvorsitzenden freuen.



383 wahlberechtigte Delegierte kamen zur Bundesfrauenkonferenz in die Pyramide Vösendorf. Mit dabei Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Wir freuen uns über die Wiederwahl der Frauenministerin Heinisch-Hosek als Bundesfrauenvorsitzende. Sie ist eine engagierte Politikerin bei der Erreichung von Zielen und bei der Umsetzung von Maßnahmen und wir unterstützen die Forderungen der Frauenministerin voll und ganz“, erklärte die Vorsitzende der SPÖ Frauen Niederösterreichs Gabriele Binder-Maier bei der Bundesfrauenkonferenz. Die Frauenministerin war mit 98,66 Prozent der Delegiertenstimmen am 10. Juni in der Pyramide Vösendorf wiedergewählt und damit eindrucksvoll in ihrer Arbeit bestätigt worden.

Gleichstellung vorantreiben

Auch sonst herrschte in Vösendorf gute Stimmung. Die Konferenz unter dem Motto „Frauen wollen mehr“ war geprägt von vielen Diskussionen, informellem Austausch und Dialog. Erstmals wurden die Anträge in einem Open-Space-Setting diskutiert und anschließend im Plenum gemeinsam abgestimmt. Ein Meilenstein in der Frauenpolitik konnte mit der Verankerung der Einkommenstransparenz im Gleichbehandlungsgesetz bereits auf den Weg gebracht werden. Nun müsse, so die Forderung der SPÖ-Bundesfrauen, mit weiteren Maßnahmen die Gleichstellung vorangebracht werden. Ein wichtiges Werk-

zeug dafür ist die Quotenregelung. Zum Antrag der SPÖ-Frauen über die Einführung einer verpflichtenden Quote innerhalb der Partei sagte Gabriele Heinisch-Hosek bei der Bundesfrauenkonferenz: „Wir lieben unsere Männer in der Partei und wir kennen sie sehr genau, daher müssen wir ihnen jetzt auf die Füße treten.“

Erfolg für die SPÖ-Bundesfrauen

Das schien Wirkung hinterlassen zu haben: Zwei Tage später wurde der Antrag von den Delegierten beim SPÖ-Bundesparteitag am 12. Juni einstimmig angenommen. „Heute ist ein historischer Tag für die SPÖ und uns SPÖ Frauen. Mit dem Beschluss des Quotenantrags garantieren wir, dass nun erstmals die Quote in der SPÖ vom Freigegegenstand zum Pflichtfach wird. Ich bin stolz darauf, dass meine Partei diesen Antrag einstimmig beschlossen hat“, so die SPÖ-Frauenvorsitzende. ♦



„Wir wollen Frauen aus allen gesellschaftlichen Gruppen und Generationen auffordern, mit uns für die Verbesserung der Stellung der Frauen zusammenzuarbeiten“, sagte SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz.



Die Bundesfrauenkonferenz begann mit einem Gedenken an die verstorbene ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal.



Freude über die Ernennung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zur Ehrenvorsitzenden der SPÖ-Bundesfrauen. Heinisch-Hosek selbst durfte sich über fulminante Zustimmung bei der Wiederwahl zur Bundesfrauenvorsitzenden freuen.



Bericht

Iran ist anders

Im Iran gehen die Leute trotz massiver Repression auf die Straße und protestieren gegen die Machthaber des Landes.

Die umstrittene Präsidentschaftswahl 2008 hat das Land in eine politische Krise gestürzt, deren Ausgang ungewiss ist. Werner van Gent und Antonia Bertschinger führen uns mit diesem Buch hinter die aktuellen Ereignisse, leuchten hinter die Kulissen des Gottesstaates. Sie korrigieren das durch Vorurteile geprägte Iran-Bild und zeigen uns unvermutete und oft überraschend witzige Facetten: Von wahrsagen- den Kanarienvögeln über rebellische Lyrik bis hin zum nordiranischen Knoblauchge-

heimnis wird die Leserschaft in den iranischen Alltag eingeführt. Die Darstellung dieser kaum bekannten Seite Irans ist verflochten mit politischen Analysen und historischen Hintergrundskizzen. Der Iran ist viel mehr als Kopftuchfrage und antiwestliche Rhetorik. Entstanden ist ein Buch, das den Iran nicht primär als Problemfall begreift, sondern als eine höchst lebendige Kultur, als Ort des Genusses, aber auch der tiefen Schwermut, ein Ort der Ausweglosigkeit, aber auch des Aufbruchs. ♦

Diagnose

Das Gebot zu vergessen

Der Historiker Christian Meier stellt die Frage, ob Vergessen als Taktik gegen eine schlimme Vergangenheit heute angebracht wäre.

Ein zentraler Glaubenssatz unserer Zeit lautet: Um eine Vergangenheit zu bewältigen, muss man die Erinnerung an sie ständig wach halten. Christian Meier, einer der bedeutendsten deutschen Historiker, stellt diese Geschichtsversessenheit in seinem brillanten Essay in Frage. Er weist nach, dass in früheren Zeiten nicht Erinnern, sondern Vergessen das Heilmittel war, mit einer schlimmen Vergangenheit fertig zu werden. Meier ist die Weltgeschichte durchgegangen, um heraus-

zufinden, was die Menschen früher taten, wenn sie nach Kriegen Versöhnung suchten. Sein Befund ist erstaunlich: Die Welt setzte seit den alten Griechen auf Vergessen. Die Verbrechen der NS-Zeit aber konnten nicht vergessen werden. Die öffentliche Erinnerung an sie ist unabwiesbar. Und bei allem Ungenügen: Die Auseinandersetzung damit hat sich gelohnt. Gilt also seitdem eine neue Regel? Oder wäre vielleicht auch heute Vergessen angebrachter als Erinnerung? ♦

Erzählung

Der Physiker

Max Planck wurde geradezu widerwillig zum Revolutionär seines Fachs und zum Begründer der modernen Physik.

Das Leben des Physikers Max Planck war ebenso aufregend, widersprüchlich und reich an Katastrophen wie die Epoche, in der er lebte. Als Physiker erlangte er Ruhm und Anerkennung, politisch und privat war sein Leben jedoch von schweren Schicksalsschlägen geprägt. Als er seine Quantentheorie formulierte, zerfiel das bis dahin stabile wissenschaftliche Bild unserer Welt. An der rasanten Weiterentwicklung der modernen Naturwissenschaften hatte er maßgeblichen Anteil.

Zugleich steht sein Name wie kaum ein anderer für das Dilemma des wissenschaftlichen Fortschritts. In einem faszinierenden Porträt beschreibt Ernst Peter Fischer den großen Physiker, eindrucksvoll schildert er sein widersprüchliches Leben und Wirken. Er erzählt die Geschichte eines genialen Wissenschaftlers – und entwirft zugleich das farbige Bild einer ganzen Epoche, die historisch, wissenschaftlich und philosophisch den Aufbruch in die Moderne darstellt. ♦

☐ Stk.


A. Bertschinger/W. van Gent:
Iran ist anders. Hinter den Kulissen des Gottesstaates
Rotpunktverlag, Zürich 2010;
265 S., 24,70 €

☐ Stk.


Christian Meier:
Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns
Siedler Verlag, München 2010;
158 S., 15,40 €

☐ Stk.


Ernst Peter Fischer:
Der Physiker. Max Planck und das Zerfallen der Welt
Siedler Verlag München 2007;
352 S., 15,40 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

Jugendbeschäftigung groß geschrieben



Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser stellt fast die Hälfte der gesamten finanziellen Mittel des Arbeitsressorts zur Unterstützung von Jugendlichen bereit.

Anhand des von Landeshauptmann-Stv. Schrittwieser kürzlich vorgestellten „steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramms“ kann man erkennen, dass 47 Prozent – also fast die Hälfte des gesamten „Arbeitsbudgets“ des Landes Steiermark – treffsicher in Jugendbeschäftigungsprojekte investiert wurden. Diese Investitionen sind nicht nur zielgruppenorientierte, für einen besonders benachteiligten Personenkreis eingesetzte Mittel, sondern vor allem auch Investitionen in die Zukunft.

Zimmer



In der Steiermark wird mit umfangreichen arbeitspolitischen Maßnahmen in die Zukunft der Jugend investiert.

40 Prozent weniger Jugend-arbeitslosigkeit

„Diese Art der Beschäftigungspolitik für junge Menschen ist besonders konjunkturbelebend. Es ist enorm erfreulich, dass hierbei nicht nach dem ‚Gießkannenprinzip‘ agiert wurde, sondern umsichtig alle Facetten abgedeckt wurden“, sagt die Landesvorsitzende der Jungen Generation Claudia Kürzl. Als messbares Ergebnis dieser arbeitspolitischen Maßnahmen kann eine um rund 40 Prozent gesenkte Jugendarbeitslosigkeit seit Beginn dieses Jahres vorgelesen werden. „Im Sinne der jungen Menschen in der Steiermark ist zu hoffen, dass auch künftig LH Franz Voves, LH-Stv. Siegfried Schrittwieser und die SPÖ Steiermark die Geschicke unseres Landes in den Händen halten werden“, so Kürzl. ♦

SALZBURG

Sozialdemokratische Handschrift in der Stadt



Die Stadt Salzburg investiert in Seniorenheime, Schulen, Kindergärten und die thermische Sanierung städtischer Wohnungen.

„Die sozialdemokratische Handschrift im Arbeitsprogramm des Gemeinderats für die Jahre 2009-2014 ist klar erkennbar und wird konsequent umgesetzt“, betont SPÖ-Stadtparteigeschäftsführer Wolfgang Gallei. Das Investitionspaket der Stadt für leistbares Wohnen, thermische Sanierung, bauliche Verbesserungen der städtischen Seniorenheime, sowie für Schulen und den Bau von zwei neuen Kindergärten ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur und der Wirtschaft und zudem ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in Salzburg. ♦



SPÖ Szbg.

Investitionen in Seniorenheime, Kindergärten und Schulen: „Eine sozialdemokratische Handschrift prägt das Arbeitsprogramm des Salzburger Gemeinderates“, betont Wolfgang Gallei, Geschäftsführer der SPÖ Salzburg-Stadt.

KINDERFREUNDE

Mädchen-Sommerakademie 2010



Frauen sind in der Welt der Technik noch immer unterrepräsentiert. Dem wollen die Kinderfreunde mit einer neuen Sommerakademie entgegenwirken.

Um bei Mädchen das Interesse für den gut bezahlten Bereich technischer Berufe zu wecken, haben die Kinderfreunde eine Sommerakademie speziell für Mädchen ins Leben gerufen. Für diesen Zweck verwandelt sich ein Teil der Fachhochschule Technikum in Wien für eine Woche (23. - 27. 8.) zu einem wahren Forscherparadies. Dort erfahren die Mädchen, was hinter „web2.0“, „chatten“, „tuben“ und „bloggen“ tatsächlich steht oder wie man sein eigenes Computerspiel programmiert. Daneben werden etliche Phänomene aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik unter-



Kinderfreunde

sucht. Das Ferienangebot richtet sich an Mädchen zwischen 11 und 14 Jahren. ♦

Die Kinderfreunde-Sommerakademie will Mädchen spielerisch für technische Berufe interessieren.

WIEN

„Night-Liner“ und Polizei sorgen für U-Bahn-Sicherheit



Eine Kooperation der Wiener Linien mit der Exekutive sorgt für mehr Sicherheit bei der 24-Stunden-U-Bahn, die die Wienerinnen und Wiener ab 3. September an Wochenenden zum Ziel bringt.

Bürgermeister Michael Häupl und sein Team nehmen die Wünsche der Bevölkerung ernst. Daher arbeiten sie konsequent an der Umsetzung der Volksbefragungsergebnisse, so auch an der 24-Stunden-U-Bahn an Freitagen und Samstagen. Für die nötige Sicherheit sorgen dabei die Wiener Polizei und die Wiener Linien in einer Kooperation: Ab September werden pro Wochenend-Nacht 22 „Night-Liner“ gemeinsam mit Exekutivbeamten in den

U-Bahnen unterwegs sein. Damit kann nahezu jede Garnitur überwacht werden. „Wir nehmen das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Menschen ernst und bieten konkrete Lösungen an“, so Bürgermeister Michael Häupl.

Modernste Videoüberwachung

Daneben soll Videoüberwachung für Sicherheit sorgen. Die Aufzeichnungen werden 48 Stunden aufbewahrt und können in dieser Zeit von der Polizei angefordert werden. Rund 70 Prozent der Täter können mit Hilfe der Videoüberwachung ausgeforscht werden. Zu-



SPÖ Wien

Eine Sicherheitskooperation der Wiener Linien mit der Exekutive wird für mehr Sicherheit in der 24-Stunden-U-Bahn sorgen.

dem werden nur neue U-Bahn-Garnituren in der Nacht im Einsatz sein, die über die modernste Videoüberwachung verfügen. „Mit diesem Konzept werden wir international vorbildlich sein“, freut sich Vizebürgermeisterin Renate Brauner. ♦

KÄRNTEN

Über „Heiße Eisen“ diskutieren



Die SPÖ Kärnten nimmt die Anliegen der Bevölkerung ernst und diskutiert wichtige Themen direkt vor Ort mit Betroffenen.

Die Politik muss den Mut haben, ihre Entscheidungen mit der Bevölkerung, insbesondere mit den von diesen Entscheidungen Betroffenen, direkt und persönlich zu diskutieren“, begründet der Vorsitzende der SPÖ Kärnten, LHStv. Peter Kaiser, seine Idee der „Heißen Eisen“-Diskussionen. Die erste Diskussionsrunde wird sich mit der geplanten Schließung der Landwirtschaftlichen Fachschule Ebendorf befassen. Auch dem Verkauf der Kärntner Seen wird ein eigener Diskussions-Termin gewidmet. ♦



SPÖ Kärnten

Mit den „Heißen Eisen“-Diskussionen zeigt die SPÖ Kärnten, dass sie die Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt.

NIEDERÖSTERREICH

Auszeichnung für politisches Engagement



LHStv. Sepp Leitner und LGF Günter Steindl vergaben Preise für hervorragende Öffentlichkeits-, Veranstaltungs- und Kommunikationsarbeit.

Mit dem „Winner 2009“ bedankt sich die SPÖ NÖ für das Engagement ihrer Funktionärinnen und Funktionäre und deren politische Initiativen. „Die Werte und Ziele der Sozialdemokratie, das Entstehen für eine soziale, gerechte und solidarische Gesellschaft sind wichtiger denn je. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, diese Prinzipien den Menschen näher zu bringen“, erklärte Leitner bei der Preisverleihung. „Öffentlichkeitsarbeit bedeutet aber nicht nur Kampagnen durchzuführen und Werbemaßnahmen umzusetzen, sondern gemeinsam an einem Strang zu ziehen.“ Beim 15. Organisationswettbewerb der SPÖ NÖ wurden in sieben Kategorien insgesamt 43 Organisationen prämiert, fünf erhielten Anerkennungspreise. ♦

SPÖ NÖ

Mit dem „Winner“-Preis bedankt sich die SPÖ NÖ für das Engagement ihrer Funktionäre.





Bildung und Arbeit als Rezept gegen die Krise

Die größte Chance junger Menschen ist Bildung, der beste soziale Schutz ist Arbeit. Dies sind zwei zentrale Säulen, auf denen Jugendpolitik vor dem Hintergrund einer weltweiten Wirtschaftskrise aufgebaut sein muss.



Bilderbox

„Die größte Chance junger Menschen ist Bildung, der beste soziale Schutz ist Arbeit.“

rieren erst bewerkstelligen müssen. Auch müssen klare Regeln für das Phänomen „Generation Praktikum“ gefunden werden. Oftmals werden unter diesem Deckmantel junge Menschen, vorbei an arbeits- und sozialrechtlicher Absicherung, als billige Arbeitskräfte missbraucht.

Quantität und Qualität

Neben einer ausreichenden Anzahl von Arbeits- und Lehrplätzen ist es bei Letzteren wichtig, den Lehrberuf auch in entsprechender Qualität erlernen zu können. Hier müssen transparente Qualitätsstandards geschaffen werden. Auch Maßnahmen zur Förderung von jungen Frauen in frauenuntypischen Lehrberufen müssen forciert werden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Diese Forderung der Sozialdemokratie existiert schon seit vielen Jahren, jedoch wurden die Einkommensunterschiede seither nicht kleiner. Neben den richtigen Rahmenbedingungen, wie adäquaten Kinderbetreuungseinrichtungen und Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach der Karenz, muss es auch die Einkommenstransparenz geben. Die SPÖ setzt hierbei konkrete Schritte mit der Offenlegung der Gehälter in Unternehmen, um die Erfüllung der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ endlich verwirklicht zu sehen. ♦

Tina Tauß ist seit 2008 Vorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ. Seit dem letzten Parteitag ist Tina Tauß stv. SPÖ-Bundespartei-vorsitzende.

Bildung und Arbeit sind für die Junge Generation das beste Rezept gegen die Krise.

Es muss gewährleistet sein, dass jedes Kind, egal wie hoch oder niedrig das Einkommen und das Bildungsniveau der Eltern ist, die Chance hat, gefordert und gefördert zu werden. Es müssen endlich Systeme etabliert werden, die Kindern aus ärmsten Verhältnissen faire Chancen im Leben einräumen. Die SPÖ muss ihre Bildungspolitik an den Erfolgen der Schwächsten messen, erst dann kann von einem gerechten System gesprochen werden.

Bildung ist das höchste Gut in diesem Land

Bildung beginnt bei den ersten „Bildungsschritten“ im Gratis-Kindergarten ab 0 Jahre, geht über die neue ganztägige Mittelschule bis hin zum freien Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen. Tatsache ist leider, dass sich im Bereich Bildungsge-

rechtigkeit trotz des Anstiegs des Bildungsniveaus in den letzten 30 Jahren nur wenig verändert hat. Oftmals wird der Bildungsstandard weitervererbt. Der Zugang zu Bildung muss allen in gleicher Weise ermöglicht werden, ohne Einschränkungen, ohne finanzielle Hürden und ohne soziale Barrieren.

Arbeit als sozialer Schutz

Besonders in der Wirtschaftskrise ist es notwendig, rechtzeitig arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu setzen. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit wird mit 2011 erwartet und jede Maßnahme in diesem Bereich ist umso wichtiger. Hierbei sollte der Fokus vor allem auf junge Menschen gelegt werden, da diese am Beginn ihrer Erwerbskarriere stehen und den Berufseinstieg sowie den Aufbau von stabilen Kar-

TERMINKALENDER

Samstag, 19. 6.

Sicherheitstraining

23.200 Radfahrerinnen und Radfahrer und etwa 6.800 Mountainbiker erlitten im letzten Jahr Verletzungen, die ärztlich behandelt werden mussten. Und wie die Statistik beweist, sind nicht etwa andere Verkehrsteilnehmer die Hauptschuldigen an den Unfällen, sondern zumeist ist es Selbstverschulden durch Fahrfehler, durch Missachtung der Verkehrsregeln, aber auch durch mangelhafte Ausrüstung. Verkehrsministerin Doris Bures reagiert auf diese Bilanz und lädt am Wochenende zum „Radsicherheitstag 2010“. Auf fünf eybl-Megastore-Parkplätzen werden spezielle Testparcours aufgebaut, auf denen die Teilnehmer das eigene Fahrkönnen überprüfen und durch die Tipps der Profis gleich verbessern können. Zusätzlich werden die mitgebrachten Räder kostenlos von den Expertinnen

und Experten des ARBÖ, von Intersport eybl und der Polizei auf Mängel und Schäden geprüft.

Zeit: jeweils 9.00 bis 17.00 Uhr

In den eybl-Megastores: Vösendorf, Pasching, Salzburg-Bergheim, Innsbruck und Graz

Dienstag, 22. 6.

Konferenz

Ziel des vom BMASK kofinanzierten Projekts „Fachkräftemonitoring (FAMO)“ ist es, neben der umfassenden Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der österreichisch-slowakischen CENTROPE-Region auf Basis einer Unternehmensbefragung, Informationen über Bedarf und Angebot an Fachkräften in dieser Region zu erheben. Im Rahmen der Konferenz werden die Ergebnisse des ersten Teils des Projekts präsentiert.

Anmeldung: office@plg.at oder

Tel.: 01 3194449

Beginn: 10.00 Uhr

Presseclub Concordia

Bankgasse 8, 1010 Wien

Montag, 28. 6.

Enquete

Aufgrund welcher Werte machen wir für wen Politik und wie soll sie wirken? Welche Werte machen das Leben lebenswert, an welchen Werten nimmt Politik Maß? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des ersten Panels im Rahmen der Parlaments-Enquete mit dem Thema: „Alternativen und Er-

weiterungsmöglichkeiten zum BIP“. Neben diesem Panel u.a. mit SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits, SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter und SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr finden den ganzen Tag über weitere Panels zum Thema statt. Persönliche Einladung und Anmeldung erforderlich.

Anmeldung: iman.heller@spoe.at oder Tel.: 01 401103940

Beginn: 9.00 Uhr

SPÖ-Klub im Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien

Mittwoch, 30. 6.

Podiumsdiskussion

Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler in Österreich steht an diesem Abend im Zentrum der Diskussion. Teilnehmende sind: Andrea Ecker, Sektionschefin im BM für Unterricht, Kunst und Kultur, Gabriele Gerbasits, Geschäftsführerin von IG-Kultur, Walter Pöltner, Sektionschef im BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Gerhard Ruiss, Geschäftsführer von IG-Autor/Innen. Im Anschluss an die Diskussion lädt der SPÖ-Parlamentsklub im Namen von Klubvorsitzendem Dr. Josef Cap zu einem Imbiss. Persönliche Einladung und Anmeldung erforderlich.

Anmeldung: veranstaltung@spoe.at oder Tel.: 01 401103330

Beginn: 18.00

SPÖ-Klub im Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Astrid Knie, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.spoe.at

Video „Stehen wir auf – Es ist Zeit für Gerechtigkeit!“

Die SPÖ setzt sich in diesen Krisenzeiten für Gerechtigkeit ein und für faire Verteilung. So



ist etwa die Bankenabgabe eine Frage der Gerechtigkeit – schließlich wurde mit dem Geld der Steuerzahler in den letzten Monaten der Finanzmarkt stabilisiert. Und auch die Vermögenszuwächse durch Aktiengewinne werden in Österreich derzeit nicht genügend besteuert – im Gegensatz zum Sparbuch. „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass auch jene, die diese Krise mit verursacht haben, einen gerechten Beitrag zur Beseitigung der Folgen leisten“, sagt dazu Bundeskanzler Werner Faymann.

Für die österreichische Sozialdemokratie ist klar: Es ist Zeit aufzustehen für Gerechtigkeit:

**Stehen wir auf für die, die sich nicht wehren können.
Stehen wir auf für die, die immer zu kurz kommen.
Stehen wir auf für die, die genauso ein Recht auf eine faire Chance haben.
Stehen wir auf.
Für diejenigen, für die es keine Lobby gibt.
Stehen wir auf!
Es ist Zeit für Gerechtigkeit!**

Dies sind Textzeilen aus einem neuen, bewegenden Video der SPÖ zum Thema Gerechtigkeit. Ansehen unter www.spoe.at ♦

BLITZLICHTER VOM SOMMERFEST 2010

Fotos: Jantzen



Ausgezeichnete Stimmung ...

... erwartete die 3.500 Gäste beim diesjährigen Sommerfest der SPÖ, das traditionellerweise im Park des Gartenhotels Altmannsdorf stattfand. Hier im Bild: Bundeskanzler Werner Faymann mit seiner Frau Martina und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.



Künstlerische Impulse ...

... erhielt das Fest mit der Regie-Hilfe von Regisseur Götz Spielmann. Gekommen ist er mit Frau und Kind.



Viele Prominente ...

... haben das Fest besucht. Schauspielerin Brigitte Neumeister plauderte etwa angeregt mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. ORF-Chef Alexander Wrabetz unterhielt sich blendend mit SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und auch Metropol-Direktor Peter Hofbauer und Moderatorin Vera Russwurm sind der Einladung gefolgt.

Glück im Spiel ...

... hatte Bildungsministerin Claudia Schmied. Zugunsten der Volkshilfe spielte sie im Sommerfest-Casino. Insgesamt wurden mehr als 3.100 Euro erspielt.

